

FÜR EIN
**LIBERALES
BRANDENBURG**

GRUNDSATZPROGRAMM

der FDP Brandenburg



„Wir Liberalen haben nicht den Anspruch auf die absolute Wahrheit oder eine historische Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung. Wir hinterfragen die Dinge, halten mehrere Lösungen für möglich und wählen dann die, die mehr Freiheit bedeuten.“

Karl-Hermann Flach

INHALT

<u>3</u>	Vorwort
<u>4</u>	Zuerst: Für die Freiheit sprechen
<u>5</u>	Leitlinien liberaler Politik – Verantwortung für Brandenburg
<u>7</u>	Über uns selbst – Die Liberalen in Brandenburg
<u>9</u>	Über das Land – Brandenburg als Raum für Freiheit
<u>11</u>	Mensch. Mitmensch. Gemeinschaft.
<u>15</u>	Bildung. Wissenschaft. Wohlstand.
<u>22</u>	Wirtschaft. Arbeit. Zukunft.
<u>28</u>	Natur. Kultur. Lebensqualität.
<u>30</u>	Haushalten. Maßhalten. Handeln.
<u>32</u>	Zum Schluss: Möglichkeiten. Machen. Mut.



LIEBE PARTEIFREUNDINNEN UND PARTEIFREUNDE, SEHR VEREHRTE LESERINNEN UND LESER!

Am 27. März 2010 hat der Landesparteitag der FDP Brandenburg in Eberswalde beschlossen, ein neues Grundsatzprogramm zu erarbeiten. Dieser Beschluss erfolgte vor dem Hintergrund des im Jahr zuvor erreichten Wiedereinzuges in den Landtag nach 15 Jahren außerparlamentarischer Opposition. Dieser Erfolg und die dadurch neu erlangte Verantwortung für das Land haben deutlich gemacht, dass es um mehr geht: Die Liberalen im Land Brandenburg wollen gestalten, sie wollen die herrschenden Zustände verändern, sie wollen ein liberales Brandenburg schaffen!

Grundlage dafür ist vor allem ein stabiles programmatisches Fundament! Denn wer politisch überzeugen will, der muss sich über sein politisches Selbstverständnis im Klaren sein.

In diesem Sinne hatte der damalige Landesvorstand den Beschluss gefasst, eine Grundsatzprogrammkommission einzusetzen. Unter breiter Beteiligung der Basis sollte ein Grundsatzprogramm aus der Mitte der Mitgliedschaft entworfen werden.

So ist es uns allen gelungen, im Rahmen von Ortsvorsitzenden- und Mitgliederkongressen, Arbeitssitzungen der Gremien und Landesfachausschüsse der Partei und nicht zuletzt bei zwei Programmparteitagen unsere programmatische Basis zu formulieren. Wir haben dabei die Potentiale der Partei in einer offenen Debatte aktiviert. Das Grundsatzprogramm wurde am 31. März 2012 einstimmig auf dem Landesparteitag in Fürstenwalde beschlossen.

Zwei Jahre – vom Parteitag in Eberswalde bis zum Parteitag in Fürstenwalde – waren ein wichtiger, ein dringend notwendiger Weg der Selbstvergewisserung. Ich danke allen, die sich aktiv in diesen Prozess eingebracht haben.

Das programmatische Fundament ist gelegt! Nun geht es darum, ein stabiles Haus zu bauen. Machen Sie mit: „Für ein liberales Brandenburg!“

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine anregende Lektüre!

Gregor Beyer, MdL

Landesvorsitzender der FDP Brandenburg

ZUERST: FÜR DIE FREIHEIT SPRECHEN

Die Freien Demokraten in Brandenburg wollen liberale Politik für unser Land gestalten. Wer mehr Freiheit für mehr Menschen verwirklichen will, muss klare Maßstäbe haben. Das Grundsatzprogramm der FDP Brandenburg zeigt den Kompass liberaler Werte, der unserem Handeln Ziel und Orientierung gibt. Diese Werte möchten wir vermitteln, um deutlich zu machen, was uns in unserem konkreten Handeln in den Städten und Gemeinden wie auch im ganzen Land Brandenburg bewegt.

Wer politisch überzeugen will, muss sich über sein politisches Selbstverständnis im Klaren sein.

Die FDP stellt Freiheit und Verantwortung als Grundprinzipien staatlichen und gesellschaftlichen Handelns konsequent in den Mittelpunkt ihrer Politik. Damit bietet die FDP Klarheit und Orientierung für die Menschen in Brandenburg, denen die Ideen der liberalen Bürgergesellschaft wichtig sind und die, auch aufgrund der historischen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts, eine besondere Verantwortung für die Bewahrung und Weiterentwicklung der Grundwerte freiheitlicher Politikgestaltung sehen. Liberale wissen: Menschen haben unterschiedliche Lebensentwürfe. Die Verantwortung für deren Verwirklichung liegt in erster Linie bei jedem Einzelnen. In der Detailsteuerung hat der Staat nichts zu suchen. Politik muss aber transparent und verantwortungsvoll den ordnungspolitischen Rahmen gewährleisten, in dem Bürgerinnen und Bürger selbst handeln und individuelle Verantwortung sich erfolgreich entfalten kann.

Unser Land braucht frische, neue Ideen und eine konsequent liberale Handschrift bei der Bewältigung der großen Herausforderungen, die vor uns liegen:

- + Die Sanierung des Landeshaushalts ist unsere erste Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen. Die Prinzipien des redlichen Kaufmanns müssen auch für den Staat gelten. Der mündige Bürger erwartet zu Recht, dass die Politik hier konsequent und transparent handelt, auch wenn damit unpopuläre Entscheidungen verbunden sind.
- + Der demographische Wandel verlangt innovative, dezentrale Lösungen für die Entwicklung von Verkehr, Infrastruktur, den Erhalt vielfältiger Bildungsangebote wie auch der medizinische Versorgung und Einbeziehung in der Fläche. Das kann nur unter stärkerer Beteiligung nichtstaatlicher Anbieter und moderner Kommunikationstechnologien gelingen.
- + Die wirtschaftliche Entwicklung des Landes verlangt eine Politik aus einem Guss, die den Einzelnen wie die Unternehmen ermutigt und fördert: verbesserte Aus- und Weiterbildung von Fachkräften, innovationsstarke Forschungseinrichtungen, Stärkung von Existenzgründungen und Mittelstand und ein Entwicklungskonzept, das Stärken stärkt, zum Beispiel in traditioneller und alternativer Energiegewinnung, und die Ressource einer weitgehend intakten Umwelt mit der wirtschaftlichen Entwicklung in Einklang bringt.

Dazu braucht unser Land verantwortungsvolle Politiker und frische, neue Ideen. Wir wollen mit liberaler Politik dazu beitragen, die Ressourcen in den Köpfen der Menschen, die hier leben und arbeiten, zu mobilisieren, damit in einem Klima von Gestaltungsmöglichkeiten und Zuversicht neue Chancen für die Zukunft entstehen.

Das Grundsatzprogramm ist unser Leitfaden, um selbstbewusst und beherzt anzupacken:

Für ein liberales Brandenburg.

„Die Freiheit ist nicht die Willkür, beliebig zu handeln, sondern die Fähigkeit, vernünftig zu handeln.“

Rudolf von Virchow

LEITLINIEN LIBERALER POLITIK – VERANTWORTUNG FÜR BRANDENBURG

Liberaler stellen den Wert der individuellen **Freiheit in den Mittelpunkt** ihres politischen Bemühens. Dieser Wert besitzt Priorität, weil seine Beachtung der (Selbst-)Verpflichtung zur Wahrung der Würde eines jeden Menschen am ehesten gerecht wird.

Freiheit und Verantwortung sind die Leitmotive liberaler Politik, auch für das Land Brandenburg. Nur wenn Freiheit und Verantwortung im Gleichklang zueinander stehen, ist eine zukunftsorientierte Entwicklung möglich. Daher bekennen sich die brandenburgischen Liberalen zur Politik der Freiheit. Freiheit ohne Verantwortung ist nicht denkbar. Verantwortung ohne Freiheit führt zur Entmündigung.

Der Kern jeder **Politik der Freiheit** besteht darin, die Lebensverhältnisse der Gesellschaft so zu gestalten, dass jeder nach seinen persönlichen Möglichkeiten Entwicklungschancen findet. An diesem Grundsatz orientieren die Liberalen alle ihre Entscheidungen.

Das heißt, dass die Liberalen **Freiheit und Selbstverantwortung** nicht nur zulassen, sondern systematisch fördern. Die FDP fördert den Wettbewerb der besten Ideen und macht Leistungs- und Startchancengerechtigkeit zu Grundprinzipien ihrer Entscheidungen. Freie Demokraten lehnen eine gleichmacherische Umverteilungspolitik ab. Sie schaffen aber, wo immer möglich, Raum für Veränderungen.

Liberaler sind sich der Tatsache bewusst, dass die Menschen nicht gleich sind. Die FDP tritt aber dafür ein, dass die **Menschen vor dem Gesetz gleich** sind und jeder gleiche Startchancen erhält. Die daraus erwachsende **Vielfalt menschlicher Lebensentwürfe** ist der Motor aller Entwicklung. Erst die Unterschiedlichkeit und Vielfalt führt zum kritischen Diskurs und damit zur Dynamik.

Dazu gehört auch, dass die Liberalen den Bürger und seine Interessen in den Mittelpunkt politischen Handelns stellen. Direkte **Einbindung und Beteiligung der Bürger** an politischen Entscheidungen halten Liberaler für ein wesentliches demokratisches Element. Hierzu gehört auch, dass die Folgen und Auswirkungen direkter Beteiligung an politischen Entscheidungen unmittelbar erfahrbar sein müssen. Langjährige Entscheidungsprozesse und Planungshorizonte sowie bis zur abschließenden Rechtssicherheit mehrjährig dauernde Gerichtsentscheidungen verhindern Verantwortungsdemokratie. **Direkte und in ihren Auswirkungen unmittelbare Bürgerbeteiligung** ist daher ein Element des brandenburgischen Liberalismus.

Liberaler treten für die konsequente **Stärkung der parlamentarischen Kontrollfunktion** ein. Die Parlamente müssen die Kontrolle über die Gesetzgebung und die konsequente Kontrolle der Exekutive auf allen Ebenen zurückgewinnen. Die Ausübung von staatlicher Macht muss jederzeit kritisch hinterfragt und gegebenenfalls eingeschränkt werden.

Ausdruck bürgernahe Politik ist es, **Entscheidungen möglichst auf der untersten Ebene anzusiedeln**, die von den jeweiligen Fragen betroffen ist. Auf kommunaler Ebene bedeutet dies, dass die Liberalen sich für die Wahrung des Freiraums der Gemeinden einsetzen.

Der Weg zur **brandenburgischen Verantwortungspolitik** bedeutet, dass die Liberalen sich ihr Handeln nicht durch die Angst vor Veränderungen bestimmen lassen, sondern durch die Chancen, die die Veränderungen mit sich bringen können. Liberaler wollen die Potentiale des Einzelnen aktivieren, indem sie ihm den Freiraum für Veränderungen schaffen.

Deshalb verstehen sich die Liberalen in Brandenburg als Garanten freiheitlicher Politik!

*„Die Liebe zu dem Fleck, der uns geboren,
schließt hundert Kräfte in sich.“*

Theodor Fontane

ÜBER UNS SELBST – DIE LIBERALEN IN BRANDENBURG

Identität und Tradition kennen

„Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ lautete der Forderungsdreiklang der bürgerlichen Revolution gegen die absolutistische Willkürherrschaft im 18. Jahrhundert. Die deutsche Einheits- und Freiheitsbewegung hat diesen Akkord im 19. Jahrhundert fortgeschrieben. Sie hat den langen Weg von der Privilegiengesellschaft zum modernen Verfassungsstaat mit individuellen Rechten und zur Marktwirtschaft mit ihrer sozialen Verpflichtung begonnen. In Brandenburg stand die Wiege der ersten liberalen Partei moderner Prägung, die sich hier noch vor allen anderen Parteien schon 1861 als Deutsche Fortschrittspartei gegründet hat.

Die Liberalen in Brandenburg sind ein Zusammenschluss liberal gesinnter Menschen, die der gemeinsame Wille vereint, das Zusammenleben der Menschen im Land Brandenburg politisch zu gestalten und zur politischen Willensbildung nach den von ihr vertretenen Grundsätzen beizutragen. Dabei bekennen sich die brandenburgischen Liberalen zu ganz unterschiedlichen politischen Sozialisationen und Traditionen ihrer Mitglieder in Parteien der DDR, Parteien der Wendezeit und der FDP in den westdeutschen Ländern.

Liberaler haben das Grundgesetz, die liberale Verfassung der Bundesrepublik Deutschland, mitgestaltet. Freie Demokraten waren 1990 an der zukunftsfähigen Wiedererrichtung des Landes Brandenburg beteiligt.

Für alle Freie Demokraten gilt als oberste liberale Orientierung das Prinzip der Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gemeinschaft und der Gemeinschaft dem Einzelnen gegenüber. Aus dem Bekenntnis zur Verantwortung leiten sie den Anspruch des Einzelnen auf ein Maximum an persönlicher Freiheit ab. Sie sind dabei getragen von der Überzeugung, dass erst aus diesem Zweiklang von Verantwortung und Freiheit eine Entwicklung gesellschaftlicher Kräfte möglich ist, die zu einer innovativen Weiterentwicklung des Landes führen wird.

In dieser Tradition verstehen die Mitglieder der FDP Brandenburg ihre Partei als Instrument zur Mitwirkung an der politischen Willensbildung in der demokratischen Gesellschaft. Gleichzeitig begreifen sie die Partei als Ort gesellschaftlichen Lebens, in dem Gleichgesinnte untereinander und in der Kommuni-

kation nach außen, eingedenk des Fehlens absoluter Wahrheiten, um politische Positionen ringen, die dem Anspruch nach Wahrnehmung von Verantwortung gerecht werden.

Freiheit vertreten

Die Verwirklichung von Zielen freier Bürger in einer freiheitlichen Gesellschaft bedarf der demokratischen Legitimation. Daher ist es für die Mitglieder der FDP Brandenburg selbstverständlich, dass sie in allen zur Wahl stehenden demokratischen Gremien für liberale Politik eintreten und um eine Mehrheit für liberale Politik werben. Die Mitglieder der FDP Brandenburg bringen sich in diesen Prozess sowohl als Mandatsträger, im Parteileben wie auch in den vielfältigen Formen der politisch verantwortlich handelnden und Meinung bildenden Zivilgesellschaft ein.

Die FDP Brandenburg ermuntert alle Bürger Brandenburgs zum politischen Engagement und bietet Raum für politisches Engagement auch in Mandaten, für die Liberale alle Personen gewinnen wollen, die an einer freiheitlichen Entwicklung des Landes interessiert sind. Die FDP Brandenburg gibt diesen Mitbürgerinnen und Mitbürgern die Gelegenheit, aktiv in den Volksvertretungen der unterschiedlichen Ebenen mitzuwirken – sowohl auf Landesebene, als auch in den Landkreisen, den Städten und Gemeinden Brandenburgs.

Der beste Weg der politischen Meinungsbildung ist für die brandenburgischen Liberalen der freie Meinungsaustausch. Den Disput und die Debatte verstehen Liberale als notwendigen Klärungsprozess, durch den die Vielzahl an Themen und Problemen, die Fülle an möglichen Argumenten und Gegenargumenten formuliert, abgewogen und zu fairen Lösungen für die Gesellschaft geführt werden, mit denen Brandenburgs Gemeinwohl gefördert wird. Das Miteinander ist dazu in allen Lebensbereichen getragen von Respekt für das andere Argument, vom Interesse für die unterschiedlichen Meinungen und von der Zuversicht, dass das Wahre und Gute sich mit dem freien Meinungsaustausch einstellen wird.

„Jeder soll nach seiner Façon selig werden.“

Friedrich II. von Preußen

ÜBER DAS LAND – **BRANDENBURG ALS RAUM FÜR FREIHEIT**

Die Liberalen sind sich der Geschichte des Landes Brandenburg, seiner Menschen und seiner Institutionen, Landschaft und Kultur bewusst. Auf diesem Erbe aufbauend, wollen wir Liberalen allen Menschen in Brandenburg ein Leben in Freiheit und Selbstbestimmung ermöglichen.

Das historische Erbe Brandenburgs reicht weit zurück und ist vielfältig an Wendungen, die Teil der historischen Erfahrung sind: von der Zeit der Askanier im 12. Jahrhundert als Mark Brandenburg, über die Herrschaft der Hohenzollern als Kernland des Königreichs Preußen, als Provinz im Freistaat Preußen zur Zeit der Weimarer Republik bis hin zur Gründung des Landes Brandenburg im Jahre 1946 und seiner Neugründung im Jahre 1990.

Die Liberalen kennen die undemokratischen und illiberalen Abschnitte brandenburgischer Geschichte. Gerade deshalb erinnern sich Liberale der vielen Persönlichkeiten, die sich in Brandenburgs Geschichte für die Ideale der Freiheit, des mündigen Bürgers, der Eigenverantwortung und zugleich Verpflichtung für das Gemeinwesen eingesetzt haben. Liberale sind sich der Traditionsbrüche des Liberalismus in Brandenburg bewusst: der liberalen Ideale der Aufklärung von Moses Mendelssohn, Immanuel Kant, Rahel Varnhagen und Henriette Herz; des politischen Eintretens für Bürgerrechte und ein modernes Bildungswesen, wie es die Brüder Wilhelm und Alexander von Humboldt vorgelebt haben; des Einsatzes für die kommunale Selbstverwaltung; des Engagements für ein rechtsstaatliches, auf einer Verfassung aufbauendes Staatswesen mit einem Kernbestand an bürgerlichen Freiheitsrechten; vor allem des Haushaltsrechts für ein von den Bürgern gewähltes Parlament, wie es die Liberalen im 19. Jahrhundert immer wieder eingefordert haben. Und Liberale wissen das Engagement der vielen liberalen Demokraten zu schätzen, die in den Zeiten der Weimarer Republik für die freiheitliche, parlamentarische Demokratie eingestanden sind und damit Beispiele gaben, an denen sich nach 1945 und wie auch jetzt wieder in einem demokratischen Brandenburg anzuknüpfen lohnt.

Gleichzeitig prägt die Geschichte auch die politische Geographie der Gegenwart. Brandenburg und Berlin bilden eine der wichtigsten europäischen Metropolregionen, ganz unabhängig davon, ob die Fusion der politischen Strukturen zu einem Bundesland erfolgt, die von den brandenburgischen Liberalen weiterhin befürwortet wird. Insbesondere die Konzentration von exzellenten Hochschulen und Forschungseinrichtungen ist in Europa einmalig.

Beide, Berlin wie auch Brandenburg, profitieren von den unterschiedlichen Strukturen. Die brandenbur-

gische Natur und Kulturlandschaft bietet den Menschen der Großstadt Berlin Raum für Lebensqualität und Erholung. Die Metropole Berlin eröffnet insbesondere kreativen und gut qualifizierten Menschen und Dienstleistungen Perspektiven im Zentrum der Region Berlin-Brandenburg.

Brandenburg und Berlin müssen als eine Region betrachtet werden, in der alle Teilregionen zur Gesamtentwicklung des Landes beitragen können. Dabei wird jede Region nach ihren spezifischen Möglichkeiten gefördert. Nicht „alle müssen gleich sein und nicht überall muss es gleiche Lebensumstände geben“ ist die Devise liberaler Politik. Die Vielfalt der Landschaften mit ihren jeweils ganz unterschiedlichen Möglichkeiten wird in den Mittelpunkt der Überlegungen gestellt. Die Landespolitik versteht sich dabei vor allem in der Vernetzungsfunktion und ist Dienstleister der Regionen des Landes.

Diese Rahmenbedingungen bieten flexiblen und kreativen Menschen alle Anreize, sich anzusiedeln. Es sind vor allem Menschen, die sich nicht nach Einkommen oder Ausbildung definieren, sondern danach, wer eine kreative Leistung erbringt. Es sind Menschen mit ihren jeweils eigenen intellektuellen und kreativen Fähigkeiten, speziellen Fachkenntnissen, musischen und kommunikativen Begabungen. Das sind die Talente, die gemeinsam mit den beiden anderen „T's“, der Technologie und der Toleranz, künftig den Wettbewerb für eine Region entscheiden.

Dabei entsteht ein Paradigmenwechsel zu der herkömmlichen Betrachtungsweise: Diese Gruppe der Talente geht nicht dahin, wo die Jobs sind. Sie gehen dahin, wo ein kreatives, ein soziales, ein interkulturelles und ein tolerantes Klima besteht. Lebensqualität und Lebensumfeld müssen stimmen. Und das wichtige ist, dass die Unternehmen ihnen folgen. Denn wo die Menschen sich wohlfühlen, entwickelt sich ein innovatives Klima für die Unternehmen. Und es besteht kein Zweifel, dass die Metropolregion Brandenburg-Berlin alle Voraussetzungen mitbringt, um diese Talente zu werben, damit hochtechnologisch orientierte Unternehmen sich ansiedeln.

*„Wir wollen nicht die Verstaatlichung des Menschen,
sondern die Vermenschlichung des Staates.“*

Johann Heinrich Pestalozzi

MENSCH. MITMENSCH. GEMEINSCHAFT.

In einer freien Gesellschaft muss Platz sein für unterschiedliche Wertvorstellungen und Lebensentwürfe der Menschen. Eine solche Gesellschaft lebt von Vielfalt und ist frei von Intoleranz und Engstirnigkeit. Jeder Einzelne muss sein Leben nach seinen Wertvorstellungen und Zielen frei gestalten können. Die Grenze dieser Freiheit ist erst dann erreicht, wenn er dabei die Freiheit eines Anderen oder einer Gruppe unangemessen einschränkt.

Das Fundament der modernen Gesellschaft sind Lebensgemeinschaften, in denen Menschen dauerhaft Verantwortung füreinander übernehmen. Die wichtigste und grundlegende ist die Familie. Das liberale Bild von Ehe, Familie und anderen Verantwortungsgemeinschaften gibt Raum für individuelle Lebensentwürfe. Liberale wollen allen Menschen die Freiheit eröffnen, sich für eine Familie mit Kindern entscheiden zu können. Dies darf nicht zu Nachteilen in Wirtschaft und Gesellschaft, in Lebenskrisen oder im Alter führen. Der Staat kann Familien als Institution nicht ersetzen, aber er kann gegenüber den Anforderungen der Arbeitswelt einen geschützten Raum sichern und die Entscheidung für eine Familie durch familienfreundliche Infrastruktur erleichtern. Ein mittelbarer oder unmittelbarer staatlicher Eingriff in die konkret gelebte Partnerschaft und ihre Aufgabenteilung lehnen Liberale aber ab. Die Entscheidung über die konkrete Ausgestaltung der eigenen Verantwortungsgemeinschaft Familie ist Privatsache.

Verantwortungsbewusst zusammenleben

Die Liberalen in Brandenburg bekennen sich zu einer Gesellschaft, in der die Solidarität vor allem dadurch lebt, dass jedem Einzelnen Chancen und Möglichkeiten eröffnet werden, sich frei nach seinen Wünschen und Vorstellungen zu entwickeln. Liberale kennen ihre Verantwortung gegenüber denen, die ihre Verantwortung für sich zum Beispiel als Kind, Kranke oder Alte noch nicht, nicht oder nicht mehr tragen können. Liberale wissen um den Wert der Kooperation. Sie kennen die Lebensnotwendigkeit gegenseitiger Selbstverpflichtung. Deshalb ist für sie Solidarität zunächst und allererst eine zwischenmenschliche Selbstverständlichkeit. Liberale wissen, dass Freiheit in Verantwortung Rechte für den Einzelnen aber auch Pflichten sich selbst und anderen gegenüber bedeutet. Freiheit heißt Selbstverpflichtung, nicht Beliebigkeit.

Dem Staat kommt vor allem die Aufgabe zu, den dafür notwendigen Rahmen zu setzen. Dazu gehört an erster Stelle die notwendige Infrastruktur, die die Entwicklung des Menschen von der Stunde seiner

Geburt, über die Jugend und die schulische Ausbildung, das Familienleben bis hin zu den Senioren auf gleicher Grundlage möglich macht.

Brandenburg ist historisch vom ländlichen Raum geprägt. Bisher leben die Menschen im ländlichen Raum auch nicht wesentlich anders als Menschen in Städten. Doch angesichts der heute immer schneller stattfindenden Veränderungen wird das Leben für die Menschen im ländlichen Raum zunehmend schwerer. Auch dieser Herausforderung muss sich die Gesellschaft stellen. Die FDP betrachtet dabei die einschneidenden Entwicklungen des demographischen Wandels und der Abwanderung aus den ländlichen Gebieten realistisch und setzt sich für Lösungen im Rahmen von Szenarien ein, die bereits heute unausweichlich sind. In diesen Regionen können nur gleichwertige, nicht aber gleiche Lebensbedingungen geschaffen werden.

Mit liberaler Sozialpolitik wollen Freie Demokraten denjenigen helfen, die dazu selbst nicht in der Lage sind. Dabei setzen Liberale nicht allein auf den Staat. Vielmehr sind für uns Selbsthilfegruppen sowie das ehrenamtliche Engagement für andere von besonderer Bedeutung. Der Dienst am Mitmenschen muss mehr Anerkennung finden.

Generationenübergreifende Verantwortungsgemeinschaften wie das Zusammenleben in Mehrgenerationenwohnhäuser oder Nachbarschaftsnetzwerke müssen künftig die Strukturen ersetzen, die durch den Rückzug staatlicher Institutionen insbesondere aus ländlichen Räumen verloren gehen. Liberale Politik ist darauf ausgerichtet, entsprechende Anreize dafür zu schaffen, dass sich in allen Teilen Brandenburgs tragfähige bürgerschaftliche Netzwerke etablieren können.

Zu liberaler Sozialpolitik gehören auch die Anerkennung der Interessen und der Respekt vor der Lebensleistung älterer Menschen. Die Liberalen wollen gute Bedingungen für diejenigen, die pflegebedürftig und gebrechlich sind, aber auch Entfaltungsmöglichkeiten für diejenigen, die noch aktiv sein wollen und können.

Demographischer Wandel

Sinkende Geburtenraten, eine kontinuierliche Steigerung der Lebensdauer und die Abwanderung führen mittel- bis langfristig zu einer erheblichen Änderung der Altersstruktur und Bevölkerungszahl in Brandenburg. In allen Lebensbereichen, angefangen auf dem Arbeitsmarkt, in den sozialen Sicherungssystemen, bei der ärztlichen und pflegerischen Versorgung und auf dem Wohnungsmarkt sind die Entwicklung und Erprobung neuer Angebote für die Daseinsvorsorge von existenzieller Bedeutung, um gute Lebensbedingungen für alle Bürger zu gewährleisten. Wir Liberalen setzen uns für flexible und vor Ort anwendbare Modelle zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung, zur Sicherung von Beschäftigung in allen Teilen des Landes und für Modelle zum generationenübergreifenden Wohnen ein. Den Organen der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen und den Tarifpartnern auf dem Arbeitsmarkt kommt bei diesem Strukturwandel eine besondere Verantwortung zu.

Technik nutzen

Der technische Fortschritt eröffnet dafür auch neue Perspektiven für eine leistungsstarke Infrastruktur. Moderne Telemedizin und Arzt-Patienten-Kommunikation kann eine Alternative für die Regionen sein, in denen die ärztliche Versorgung durch weite Wege geprägt ist. Brandenburg kann hier eine Vorreiterrolle einnehmen. Die notwendigen Voraussetzungen müssen beim Ausbau von Krankenhäusern (Modell „digitales Krankenhaus“) geschaffen werden, um Ärzte und Patienten besser miteinander zu verbinden.

Brandenburg braucht nicht zuletzt dafür auch in der Fläche ausreichend schnelle Internetanschlüsse. Die Medienkompetenz von Kindern und Erwachsenen sollte gestärkt werden. Die Liberalen wollen die Chancen der digitalen Gesellschaft nutzen. Die zunehmende Digitalisierung macht ferne Kontakte,

Ereignisse und Informationen gegenwärtiger und unmittelbarer. Sie schafft neue Räume für Kreativität, Kritik und Kooperation. Die Grenzen zwischen Privatem und Öffentlichkeit verschwimmen. Technologischer Fortschritt macht alle abhängiger vom Zugang zur digitalen Welt und ihrer Entwicklung. Chancen entstehen, wo auch in der digitalen Welt Bürgerrechte, Zugang zu Informationen, privates und geistiges Eigentum geschützt werden. Die Liberalen in Brandenburg wollen die Möglichkeiten der digitalen Gesellschaft nutzen, um Bürgerbeteiligung verstärkt zu aktivieren und unmittelbarer und direkter in politische Entscheidungsprozesse einzubeziehen.

Ziel einer modernen Verwaltung muss es sein, dass die Daten laufen und nicht die Bürger. Dazu braucht Brandenburg eine zukunftsfähige Strategie zur Nutzung moderner Informationstechnologien, die es erlaubt, möglichst viele Verwaltungsvorgänge online abzuwickeln.

Freiheit schützen

Jede Politik muss die Abwägung zwischen Rechten der einzelnen Menschen und organisierten Gruppeninteressen leisten. Für Liberale ist politisches, staatliches Handeln nur dann akzeptabel und legitim, wenn es dem Schutz der Würde des Menschen, der Unversehrtheit und des Eigentums des Einzelnen, also seiner Freiheit, dient. Dabei steht das staatliche Gewaltmonopol und der Primat des Rechts für Liberale außer Frage.

Wer die Freiheit des Einzelnen wertschätzt, wird sie dem Gegenüber nicht beschneiden wollen, weil er sich das für seine eigene Freiheit ebenfalls nicht wünscht. Die Akzeptanz von Freiheit und Eigentum, Vielfalt und Toleranz, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie sind für das friedliche Miteinander in Brandenburg, und nicht nur dort, entscheidend.

Liberale lehnen daher Links- und Rechtsextremismus gleichermaßen ab. Ebenso gilt es, Antisemitismus konsequent zu bekämpfen. Die Bekämpfung der Ursachen von Extremismus ist für Liberale Bürgerpflicht. Entscheidend ist, dass junge Menschen zu mehr Mitmenschlichkeit, Toleranz und demokratischem Verhalten erzogen werden.

Der Schutz der anerkannten Regeln menschlichen Zusammenlebens ist Aufgabe von Polizei und Justiz, aber auch jedes verantwortungsbewussten Bürgers. Polizei und Justiz müssen personell und sachlich so ausgestattet sein, dass sie den berechtigten Sicherheitsbedürfnissen der Bürger gerecht werden und bestehende Rechtsnormen durchsetzen können. Das bedeutet vor allem, dass die Präsenz der Polizei sowohl an der Einwohnerzahl als auch an dem Flächenmaßstab einer Region zu orientieren ist.

Mindestens so wichtig wie der Beitrag staatlicher Einrichtungen zur Prävention, zum Schutz vor und zur Ahndung von Straftaten ist das Interesse jedes Einzelnen am Erhalt einer lebenswerten Atmosphäre im menschlichen Umgang. Jeder Mensch in Brandenburg ist an Recht und Gesetz gebunden. Die Überprüfung und Beurteilung der Einhaltung von Rechtsnormen obliegt den Gerichten. Sie kann nicht in die Hände einzelner Personen und Interessengruppen übergehen, die sich über das Gesetz stellen.

Für Liberale gilt daher der Grundsatz, dass sich die Freiheit nicht durch Einschränkungen ihrer selbst schützen lässt. Die Freiheit wird durch das Recht garantiert. Dabei darf aber die Sicherung der Freiheit nie wichtiger sein als die Freiheit selbst. Einschränkungen der Freiheit, die im Namen der Sicherheit vorgenommen werden, müssen deshalb maßvoll gestaltet werden und so wenig eingriffsintensiv wie möglich sein.

Kommunen stärken

Die Verwaltung muss für den Bürger da sein, nicht umgekehrt, denn Bürger sind keine Bittsteller gegenüber der Verwaltung. Eine Gebietsreform ohne eine vorherige Funktionalreform, die umfassend und

am Subsidiaritätsprinzip orientiert regelt, welche Verwaltungsebene welche Aufgaben wahrnehmen soll, wird es mit der FDP nicht geben. Möglichst viele Angelegenheiten müssen möglichst nahe beim Bürger erledigt werden, nicht weitab in einer Zentrale in Potsdam oder einer weit entfernten Kreisstadt. Gerade auch im ländlichen Raum muss die Verwaltung zu den Bürgern kommen. Dem Bürger dürfen keine zeitaufwendigen Wege zugemutet werden, um zum Beispiel einen Antrag stellen zu können. Verbeamten sind auf hoheitliche Aufgaben zu beschränken und im Einklang mit den Grundsätzen des Beamtenrechtes durchzuführen.

„Der wahre Zweck des Menschen, welchen die ewig unveränderliche Vernunft ihm vorschreibt, ist die höchste und proportionierlichste Bildung seiner Kräfte zu einem Ganzen. Zu dieser Bildung ist Freiheit die erste unerlässliche Bedingung.“

Wilhelm von Humboldt

BILDUNG. WISSENSCHAFT. WOHLSTAND.

Bildung ist für Liberale mehr als nur Wissensvermittlung. Toleranz, Eigenverantwortung und Freiheit sind Werte, die Liberale vermitteln wollen. Für Liberale steht fest: Bildung und Erziehung sind ein elementarer Bestandteil zur Persönlichkeitsentwicklung. Bildung ist der „Rohstoff“ des 21. Jahrhunderts. Sie ist die Grundlage für eine Aufstiegs-gesellschaft. Aus diesem Verständnis heraus sind für Liberale Bildungsausgaben die beste Zukunfts-investition für unsere Heimat Brandenburg.

Der erste und wichtigste Ort, an dem Bildung vermittelt wird, ist die Familie. Kinder haben ein Recht auf Bildung und Erziehung in der Verantwortung der Familie. Aufgabe staatlichen Handelns ist die Unterstützung der Eltern, damit sie diesen Auftrag in vollem Umfang wahrnehmen können.

Ebenso ist es die Aufgabe des Staates, Bildungseinrichtungen aller Art zu unterstützen. Die besten Bildungsangebote entstehen vor Ort und im Wettbewerb miteinander. Private Angebote dürfen dabei nicht benachteiligt werden. Das gilt für Kinderbetreuungseinrichtungen ebenso wie für Schulen in freier Trägerschaft. Denn erst durch ein **möglichst vielfältiges Angebot** wird die beste Qualität sichergestellt. Zugleich sorgen Liberale aber auch für länderübergreifende Bildungsstandards und bundesweit vergleichbare Schulabschlüsse. Dies soll auf dem Wege der Selbstkoordinierung durch die Bundesländer unabhängig vom Bund erfolgen.

In einer Welt, in der sich das Wissen immer schneller vermehrt, ist Bildung ein lebenslanger Prozess, bei dem die Förderung von Urteilsfähigkeit und Methodenkompetenz genau so wichtig ist wie die Vermittlung von Inhalten. Die Angebote für lebenslanges Lernen sind auszubauen.

Früh bilden

Bildung beginnt nicht erst mit dem Eintritt in die Grundschule. In keiner Lebensphase sind Menschen so lernfähig wie in der frühen Kindheit. Frühkindliche Bildung ist der entscheidende Faktor für soziale Integration und Chancengerechtigkeit von Beginn an.

Frühkindliche Bildung in Familien und in Bildungseinrichtungen dient den Startchancen eines jeden Kindes und dessen Chancengerechtigkeit in der Gesellschaft.

Frühkindliche Betreuung der unter Dreijährigen in Betreuungseinrichtungen dient nicht zuletzt der Entlastung von Vätern und Müttern und damit gleichfalls der Chancengerechtigkeit in der Gesellschaft und sollte deshalb beitragsfrei sein.

Der Umgang mit den unterschiedlichen Interessen und Neigungen, Begabungen und Beeinträchtigungen der Kinder stellt Erzieherinnen und Erzieher täglich vor große Herausforderungen. Zugleich sind die Anforderungen an die Managementfähigkeiten der Kita-Leitungen gestiegen. Auch die Ansprüche von Eltern und Gesellschaft wachsen. Heute werden von den Erzieherinnen und Erziehern nicht nur eine verlässliche Betreuung, sondern auch eine individuelle Förderung des Kindes sowie eine Wertevermittlung in der Gemeinschaft der Jüngsten miteinander erwartet. Dies muss auch bei der Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern deutlicher berücksichtigt werden. Nötig ist auch eine Steigerung der Wertschätzung des Erzieherberufs.

Eine enge Kooperation von Kindertagesbetreuung und Grundschulen ist notwendig, um den Übergang in die Schule für die Kinder erfolgreich zu gestalten.

Für das Leben schulen

Internationale Studien bestätigen: Die Leistungen von Schülern fallen besser aus, je eigenverantwortlicher ihre Schule ist. Liberale Schulpolitik will den Schulen daher deutlich mehr Freiheit geben, weil diese selbst am besten wissen, wie sie ihre Schüler optimal fördern können. Kreativität und Dynamik werden sich nur dann zeigen, wenn Schulen nicht mehr von oben nach unten verwaltet werden.

Die Trennung der Zuständigkeit für das pädagogische Personal auf der einen und für das sonstige Personal und die Sachmittel auf der anderen Seite, also die inneren und äußeren Schulangelegenheiten, muss aufgehoben werden, um Bildung aus einer Hand zu gewährleisten.

Sowohl das pädagogische wie auch das sonstige Personal sind künftig beim Schulträger anzustellen. Dies ist nicht vereinbar mit der Verbeamtung von Lehrern. Lehrerinnen und Lehrer werden aus liberaler Sicht künftig nicht mehr verbeamtet.

Den Schulen ist die volle Personalverantwortung zu übertragen. Schulleiter sollen Dienstvorgesetzte sein. Neueinstellungen werden vom Träger vorgenommen.

Das Land stellt eine ausreichende finanzielle Ausstattung sicher und legt den Personalschlüssel für die jeweiligen Schulen fest, der vom Land übernommen wird.

Für Liberale ist jeder Schüler gleich viel wert. Deshalb ist eine Umstellung des Finanzierungssystems für Schulen erforderlich. Über die Abrechnung von Schülervollkosten werden künftig alle Kinder gefördert, unabhängig davon, welche Schule sie besuchen.

Durch eigenverantwortliche Bildungseinrichtungen werden nicht nur regionale und fachliche Schwerpunkte gefördert, sondern den Eltern und Kindern ein breites Angebot an verschiedenen Bildungsansätzen offeriert. Liberale geben keinem Schulsystem und keiner ideologischen Struktur einen Vorzug. Vielmehr setzt sich im Wettbewerb vor Ort das beste Schulangebot durch.

Durch die demografischen Veränderungen, aber auch durch eine wachsende Nachfrage nach alternativen Bildungsangeboten sind strukturelle Veränderungen unvermeidbar. Dabei gilt es, neben der Eigenverantwortung der Bildungseinrichtungen und dem Wettbewerb der Ideen auch ein gymnasiales Angebot sicherzustellen.

Unabhängig von der Organisation der Schulstruktur setzen Liberale auf die Durchlässigkeit der Systeme. Die Entscheidung für oder gegen eine bestimmte Schulform darf kein Einschnitt in die persönliche Bildungsbiographie sein, sondern muss die aktuell bestmögliche individuelle Förderung sicherstellen, ohne den späteren Wechsel auf eine andere Schule unmöglich zu machen.

Unabhängig von den Organisationsfragen werden jedoch Schulen benötigt, die individuelle und begabungsgerechte Förderung zulassen.

Zudem muss künftig in den Schulen eine verstärkte und wirkungsvollere Berufs- und Studienorientie-

rung geleistet werden. Ferner muss die generelle Medienkompetenz aller Kinder im Hinblick auf die Herausforderungen und Chancen der digitalen Welt gestärkt werden.

Die gemeinsame Sprache ist das wirksamste Instrument für die Vermittlung von Inhalten in den vielfältigsten Bereichen. Die Fähigkeit, über die Kenntnis seiner Muttersprache hinaus in weiteren Sprachen kommunizieren zu können, ist eine wichtige Grundvoraussetzung zur Verständigung mit anderen Völkern und Kulturen. Der Entwicklung von Mehrsprachigkeit muss daher besonderes Augenmerk geschenkt werden. Englisch als weltweite Hauptverkehrssprache besitzt ohne Zweifel eine Schlüsselposition in der Bildungspolitik. Darüber hinaus sollte die Mehrsprachigkeit eine stärkere Bedeutung erhalten. Dem Erlernen der Sprache unseres polnischen Nachbarn kommt hierbei durch die Grenznahe ein stärkerer Stellenwert zu. Die Förderung der Sprache muss weit über das bisherige Maß hinaus verstärkt werden. Dabei muss die Autonomie der Schulen hinsichtlich der Frage, welche Sprachen an ihnen unterrichtet werden sollen, dringend ausgebaut werden.

Lehren lernen

Die Liberalen in Brandenburg sehen die Lehrerausbildung als bedeutsame Investition in die Zukunft. Die gesellschaftliche Anerkennung des Lehrerberufes ist eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiche Bildung. Parallel zur theoretischen Ausbildung an der Universität (in Erziehungswissenschaften und den spezifischen Fächern) benötigt es praktische Anteile in Form von Praktika in den Schulen. Der frühe Einblick in schulische Abläufe sowie die Erprobung von Unterricht während der gesamten Zeit des Studiums sind für eine erfolgreiche Lehrerausbildung eminent wichtig.

Damit die Lehrer auch sich verändernde didaktisch-methodische Theorien und Modelle erlernen sowie in ihren Unterricht einbauen können, vor allem vor dem Hintergrund des lebenslangen Lernens, sollen sie verbesserte Möglichkeiten der Weiterbildung bekommen. Dies dient sowohl der Qualitätssicherung als auch der Aktualisierung der Lehre.

Miteinander lernen

Die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ist ein Meilenstein auf dem Weg zu vollständiger Gleichberechtigung, Teilhabe und Chancengleichheit behinderter Menschen. Selbstbestimmung, vollständige gesellschaftliche Teilhabe und die Sicherung von Chancengerechtigkeit sind selbstverständliche Bestandteile liberaler Gesellschaftspolitik.

Die Bundesrepublik Deutschland und ihre Länder haben sich verpflichtet, ein inklusives Bildungssystem zu schaffen.

Behinderungen sollen nicht als Schwäche, sondern als Teil menschlicher Normalität begriffen werden. Dazu bedarf es einer sorgfältigen und öffentlichen Diskussion sowie einer Überprüfung der politischen, rechtlichen und sozialen Realität.

Die FDP steht hinter dem Ziel der Inklusion von Menschen mit Behinderungen auch im Bildungsbereich. Dabei orientieren die Liberalen sich jedoch insbesondere am Wohl des Kindes. Dort, wo Inklusion möglich ist, soll sie stattfinden. Dort, wo eine getrennte Förderung nötig ist, soll sie auch möglich sein. Die Liberalen stellen ausdrücklich fest, dass ein inklusives Bildungssystem die Existenz von Förderschulen nicht ausschließt. Liberale wollen das Wahlrecht der Eltern stärken und ihnen die notwendigen Entscheidungsmöglichkeiten eröffnen.

Inklusion führt zu Toleranz und Verständnis von Menschen, die unterschiedlich sind. Diese Toleranz und dieses Verständnis wollen Liberale fördern.

Dabei ist Liberalen bewusst, dass die Inklusion im Bildungsbereich eine tiefgehende Veränderung der

Regelschulsysteme in Deutschland voraussetzt. Ein inklusives Bildungssystem ist nur möglich, wenn Regelschulen inklusiver werden. Dazu sind die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, damit alle Kinder, die eine Schule besuchen wollen, von dieser auch aufgenommen werden können.

Hochschulen profilieren, Forschung und Lehre stärken

Die brandenburgischen Universitäten und Hochschulen sind Leuchttürme und Visitenkarten Brandenburgs. Sie müssen weiterhin zur Profilschärfung befähigt werden, wobei auch neue Wege und innovative Ideen kein Tabu sein dürfen.

Als Ausgangspunkte für neues Wissen und Innovation stellen sie der Wirtschaft die dringend benötigten Fachkräfte zur Verfügung, stärken durch die Forschung die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft und tragen auch als regionale Arbeitgeber zur Wertschöpfung bei.

Mit ihren Universitäten und Fachhochschulen, den privaten Hochschuleinrichtungen sowie der Hochschule für Film und Fernsehen bietet die brandenburgische Hochschullandschaft das Potential, zu einem Innovationsmotor des Landes zu werden. Dafür benötigen die Hochschulen aber die strukturelle und finanzielle Planungssicherheit, um qualitativ hochwertige Lehre und exzellente wissenschaftliche Leistung anbieten zu können.

Lehre und Forschung wird durch die Liberalen als doppelter Auftrag und Anspruch angesehen. Um die Forschung zu stärken, ist die Vernetzung von außeruniversitären Forschungseinrichtungen mit den Hochschulen Brandenburgs zu erleichtern. Die Vernetzung mit Forschungs- und Lehrinrichtungen innerhalb Brandenburgs und über die Landesgrenzen (national und international) hinaus ist weiter anzustreben und auszubauen. Zudem kann die interdisziplinäre Forschung auf diese Weise qualitativ und quantitativ weiterentwickelt werden, woraus sich auch in wirtschaftlichen Bereichen neue Chancen ergeben. Die Entwicklung neuer Produkte und Technologien mit Blick auf den europäischen und weltweiten Markt ist für die wirtschaftliche Prosperität Brandenburgs unabdingbar.

Forschung und Technologietransfer sind enorm wichtig für Brandenburg, die Studienbedingungen an den Hochschulen dürfen aber deswegen nicht vernachlässigt werden. Liberale Hochschulpolitik bezieht Professoren, Mittelbau und Studenten mit ein. Gerade letztere müssen im Hochschulbetrieb gefördert, aber auch gefordert werden.

Neben Theorie und Forschung setzen die Liberalen auf ein breites praxisbezogenes Ausbildungsangebot und befürworten ein stärkeres Engagement der Wirtschaft und anderer privater Geldgeber für die Hochschulen.

Beruflich bilden

Das deutsche Berufsbildungssystem ist eine tragende Säule zur Sicherung des Fachkräftebedarfs und damit der Wirtschaftskraft Brandenburgs. Damit das erfolgreiche System der dualen Berufsausbildung funktions- und zukunftsfähig bleibt, muss es an die anstehenden Herausforderungen unserer Zeit angepasst und daran ausgerichtet werden. Angesichts des demographischen Wandels ist zu erwarten, dass das Gesamtpotential für die Ausbildungsnachfrage in den nächsten Jahrzehnten deutlich zurückgehen wird. Während es früher einen Mangel an Ausbildungsplätzen gab, gibt es zukünftig eher einen Mangel an Bewerbern. Gleichzeitig steigen die Anforderungen einer globalisierten Wirtschafts- und Arbeitswelt an jeden einzelnen Lehrling.

Wichtig ist es, die Berufsausbildung gemeinsam mit schulischer und akademischer Bildung in den Gesamtzusammenhang des Bildungssystems zu setzen. Die FDP Brandenburg setzt sich im Zuge der Europäisierung des beruflichen Bildungswesens dafür ein, dass die duale Ausbildung im deutschen

Qualifikationsrahmen und bei der Entwicklung des Europäischen Leistungspunktesystems angemessen hoch eingestuft wird.

Ziel aller beruflichen Bildungsgänge ist die Vermittlung beruflicher Handlungskompetenz. Besonders die Befähigung für lebenslanges Lernen ist die Basis zur Beschäftigungssicherung. Dabei muss das berufliche Bildungswesen Chancen bieten sowohl für leistungsstarke Jugendliche als auch für leistungsschwächere, eine ihnen angemessene berufliche Qualifikation zu erreichen. Die wachsenden Anforderungen an Bewerber und die hohe Zahl an Ausbildungsabbrüchen erfordern eine stärkere Orientierung an der Ausbildungsreife der Schulabgänger. Für ihre Lernmotivation ist die verstärkte Berufsorientierung auch an allgemeinbildenden Schulen eine unerlässliche Maßnahme.

Die Einrichtungen der beruflichen Bildung müssen Menschen mit Behinderungen zugänglich gemacht werden, wie es mit barrierefreien Betriebsgebäuden, technischen Hilfsangeboten, digital verfügbaren Lernmitteln, speziellen Beratungsangeboten, flexiblen Lernzeiten und Prüfungsbedingungen möglich ist. In Werkstätten soll eine gezielte Weiterbildung für Menschen mit geistiger oder psychischer Behinderung vermittelt werden.

Die FDP Brandenburg erwartet von der Wirtschaft, dass sie den von ihr benötigten Fachkräftenachwuchs primär in eigener Verantwortung ausbildet und dabei möglichst allen Bewerbern ein ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen zur Verfügung stellt. Die Wirtschaft leistet damit auch einen wesentlichen sozialen Beitrag für die Gesellschaft.

Technologische Entwicklungen, Verlagerungen von Produktionszweigen ins Ausland und sich wandelnde Berufsbilder erfordern flexible Ausbildungsordnungen. Einer breiten beruflichen Grundbildung müssen Möglichkeiten zur Spezialisierung folgen. Zum Erhalt ihrer Wettbewerbsfähigkeit ist die IT-Kompetenz in klein- und mittelständischen Unternehmen insbesondere des Handwerks zu stärken.

Um die Transparenz, Durchlässigkeit und Mobilität in der beruflichen Bildung zu fördern, befürwortet die FDP Brandenburg im Zuge der Modernisierung der dualen Ausbildung ein System von gestuften Grund-, Spezial- und Wahlpflichtbausteinen unter Beachtung des Berufsprinzips. Dabei wird zwischen Berufen mit zwei- und dreijähriger Ausbildungszeit unterschieden. Berufe mit zweijähriger Ausbildungszeit mit der Möglichkeit zur Weiterqualifizierung sollten vermehrt eingeführt werden. Dabei muss der Anschluss an eine grundständige dreieinhalbjährige Ausbildung gewährleistet sein. Außerdem muss der Ausbau der Zusatzqualifikationen im Rahmen einer dualen Ausbildung vorangetrieben werden.

Zur Sicherstellung einer zielführenden und qualifizierenden Berufsausbildung ist es unerlässlich, das fachliche und didaktische Bildungsniveau der Berufsschulen zu steigern und die Qualität der dort vermittelten Lehrinhalte zu erhöhen.

Lebenslang lernen

Es gibt keinen Zeitpunkt, zu dem der Prozess des Wissenserwerbs endgültig abgeschlossen wäre. In der modernen Wissensgesellschaft hat man nie „ausgelernt“. Vielmehr beruht gesellschaftliche Teilhabe und beruflicher Erfolg auf der Bereitschaft, ein Leben lang kontinuierlich Wissen und Kompetenzen zu erwerben.

Nicht zuletzt deswegen ist es erforderlich, dem Prozess und den Rahmenbedingungen des lebenslangen Lernens ein höheres Maß an Aufmerksamkeit zu schenken. Der im Vergleich zu Bildungsangeboten auf allgemeinbildendem oder akademischem Niveau weitgehend als informell und unsystematisch wahrgenommene Charakter der Weiterbildung hat dazu geführt, dass dem Weiterbildungsbereich die ihm eigentlich zustehende Bedeutung nicht beigemessen wurde. Liberale müssen in einer Gesellschaft, die durch immer kürzer werdende Innovationszyklen und eine immer länger werdende Lebensspanne der Bürger gekennzeichnet ist, dafür sorgen, dass die Weiterbildung und das lebenslange Lernen einen Rahmen finden, welcher deren Bedeutung wird.

Die Chancen der digitalen Welt sollen allen Bürgern jeden Alters zugute kommen. Deshalb verdient die Medienkompetenz im Hinblick auf das lebenslange Lernen besondere Aufmerksamkeit. Moderne Informationstechnologien ermöglichen mobiles berufsbegleitendes Lernen und sichern Aus- und Weiterbildung auch dort, wo Ausbildungszentren und Schulen wegen der demographischen Entwicklung nicht rentabel sind.

Bildung finanzieren

Für Liberale sind Bildungsmaßnahmen Investitionen in die Zukunft, die eine hohe Rendite bringen. Die Folgekosten für versäumte Bildungsmaßnahmen sind deutlich höher als die Maßnahmen zum richtigen Zeitpunkt. Deswegen darf Bildung auch in Zeiten knapper Kassen nicht zu einem Einsparposten im Haushalt werden.

Künftig muss Bildung verstärkt als nationale Aufgabe gesehen und finanziert werden. Deshalb ist es unumgänglich, dass der Bund sich finanziell stärker an der Finanzierung von Bildung und Forschung beteiligt.

*„Persönlichkeiten werden nicht durch schöne Reden geformt,
sondern durch Arbeit und eigene Leistung.“*

Albert Einstein

WIRTSCHAFT. ARBEIT. ZUKUNFT.

Wer dem Wert Freiheit Priorität gibt, setzt auf seine Verwirklichung in allen Lebensbereichen, auch und gerade in „der“ Wirtschaft, die nur ein Sammelbegriff für ungezählte Einzelaktivitäten autonom handelnder Menschen ist. Die Soziale Marktwirtschaft ist Ausfluss des organisierten Bekenntnisses zur Ordnung der Freiheit im Austausch von Kapital, Waren, Dienstleistungen und zwischen Menschen. Die Soziale Marktwirtschaft strebt nach einem Ordnungsrahmen, der Ausbeutung und den Missbrauch durch Monopole und Kartelle verhindert.

Die FDP ist Garant der freiheitlichen Wirtschaftsordnung in der Sozialen Marktwirtschaft.

Die Soziale Marktwirtschaft setzt auf das Vertrauen der individuell handelnden Vertragspartner und stellt die Haftung für Fehlverhalten sicher ohne jedes Risiko für den Einzelnen abzusichern. Im Wettbewerb um die besten Ideen und Problemlösungen bietet sie die beste Gewähr für qualitatives Wachstum und mehr Freiheitsräume des Einzelnen. Das hat der beispiellose und unbestreitbare Erfolg der „Wohlstandsmaschine“ Marktwirtschaft überall bewiesen, wo ihre handlungsleitenden Prinzipien zur Geltung gekommen sind.

Wir sind die Partei einer konsequenten Sozialen Marktwirtschaft. Die Förderung des fairen Wettbewerbs, persönlicher Verantwortung und der Chancengleichheit sind liberaler Markenkern. Deshalb stellen Freie Demokraten sich gegen die Bildung von Monopolen und Kartellen, die Liberale als wohlfahrtsmindernd und schädlich für die Entfaltung der Innovationskraft der Gesellschaft ansehen.

Um die Vorzüge der Sozialen Marktwirtschaft und des Wettbewerbs allen zugänglich zu machen, treten die Liberalen für freien Marktzugang ein. Liberale wissen, dass keine Großorganisation oder Bürokratie die individuellen Bedürfnisse des Einzelnen besser kennt als er selbst. Deshalb ist die Soziale Marktwirtschaft die demokratischste aller bekannten Wirtschaftsformen. In ihr entscheiden nicht Politik und Verwaltung über das Angebot, das offeriert, produziert und angenommen wird, sondern der Einzelne als Verbraucher, Hersteller, Händler, Marktteilnehmer.

Die Soziale Marktwirtschaft belohnt Arbeit und Anstrengung. Wir Liberalen treten ein für eine dynamische, faire und offene Bürgergesellschaft, in der möglichst jeder von seiner eigenen Leistung leben kann.

Die Mitte stärken

Durch liberale Wirtschafts- und Finanzpolitik sichern und fördern Liberale den Bestand kleiner und mittlerer Unternehmensstrukturen und ihren Beitrag in der Realwirtschaft. Sie sind mit den Kommunen Treiber der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung. Die größte Unterstützung erhalten kleine und mittelgroße Unternehmen in der Region, wenn der Staat nicht als Marktteilnehmer auftritt und den Wettbewerb verzerrt, sondern den ordnungspolitischen Rahmen für wirtschaftliche Aktivitäten sichert.

Jegliche übermäßige Machtkonzentration in der Wirtschaft stellt eine Gefahr für die freiheitliche und pluralistische Entwicklung der Gesellschaft dar. Liberale nehmen – wo immer sie können – Einfluss auf die Schaffung politischer Rahmenbedingungen, die Wettbewerbsversagen unterbinden. Liberale treten für politische Rahmenbedingungen ein, die marktgefährdende Konzentrationsprozesse verhindern oder beseitigen. Zur Bekämpfung des Fachkräftemangels in Brandenburg setzen wir Liberalen auf einen Dreiklang aus Ausbildung, beruflicher Weiterbildung und dem Zuzug von Fachkräften aus dem Ausland.

Um das ökonomische Potential Brandenburgs nicht zu hemmen und insbesondere kleine und mittlere Unternehmen in ihrer wirtschaftlichen Betätigung nicht zu behindern, muss regulierende Bürokratie auf das notwendige Maß zurückgeführt werden. Deshalb tritt die FDP für ein höheres Maß an Flexibilität bei der Ausgestaltung von bürokratischen Regeln und Verfahren ein und baut Bürokratie ab.

Gleichzeitig benötigen mittelständische Unternehmen aber auch verlässliche und sichere Planungszeiträume zur Realisierung ihrer Projekte. Daher bedürfen Änderungen an Gesetzen, die Gegenstand von Investitionsentscheidungen sind, Übergangsregelungen, die sicherstellen, dass die eingeleiteten Planungs- und Genehmigungsverfahren in einem Zeitraum stabiler rechtlicher Rahmenbedingungen zum Erfolg geführt werden können.

Nicht zuletzt das macht die FDP zum natürlichen Fürsprecher des Mittelstandes und anerkannten Partner der freien Unternehmen, Selbständigen und Freiberufler in Brandenburg.

Freie Demokraten setzen auf Unternehmer, die ihre Verantwortung gegenüber ihren Kunden, Mitarbeitern und der Gesellschaft als Ganze leben und sich als Partner von Arbeitnehmern und Kunden verstehen.

Die Liberalen berücksichtigen die Spezifika, Strukturen und vielfältigen Wertschöpfungsketten in den einzelnen Regionen und richten daran ihre konkreten Aktivitäten aus. Ein stabiler Arbeitsmarkt schafft die Grundlage für die Freiheit und den Wohlstand der Menschen in Brandenburg.

Wettbewerbschancen ergreifen

Es muss gelingen, die positiven Kräfte und den Wert des Wettbewerbs in der brandenburgischen Gesellschaft zu verankern und damit günstige Bedingungen zu schaffen für die Entfaltung und Freisetzung der Leistungsfähigkeit des Einzelnen. Wir schätzen den Wettbewerb über die Qualität von Produkten und Dienstleistungen, nicht den zulasten der Arbeitsbedingungen für Arbeitnehmer.

Da fairer Wettbewerb und Chancengleichheit nur dann möglich sind, wenn gleiche Ausgangsbedingungen herrschen, sollen alle Einkünfte transparent, verständlich und nach fairen Maßstäben besteuert werden.

Die Liberalen stehen als Partei dafür, Umverteilungsprozesse nicht als Selbstzweck oder Automatismen zu verstehen, sondern kategorisch an das Solidaritätsprinzip zu binden. Unverschuldete Not und gravierende gesellschaftliche Ungleichgewichte erfordern solidarisches Handeln.

Bildung, Aus- und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung, die Gesundheitsinfrastruktur und Energieversorgung sind die wesentlich prägenden Standortfaktoren des Landes Brandenburg.

Hier werden Unternehmerpotenziale entwickelt, die den Standort maßgeblich stärken. Sie bestimmen in außergewöhnlichem Maße die Zukunft, den Wohlstand und das Wohlbefinden der Menschen in Brandenburg. Gerade hier sind fairer Wettbewerb und die Wahrnehmung von Verantwortung als Handlungsprinzipien zu entwickeln. Langfristige Subventionierungen werden abgelehnt.

Die ländliche Struktur ist Chance und Herausforderung zugleich. Die demographische Entwicklung wird die Anforderung an die Infrastruktur verändern. Entlegene Regionen können durch die „digitale Autobahn“ an die urbanen Ballungsräume angeschlossen bleiben. Die FDP stellt als eine umweltfreundliche und ökonomische Variante zum Transport auf der Straße die koordinierte Nutzung von Schiene und Wasserstraße als Verkehrsträger insbesondere für Güter in den Vordergrund. Liberale begrüßen privates Engagement auch für die Infrastruktur. „Öffentlich-Private Partnerschaften“ sind dabei – richtig verstanden – ein liberales Instrument.

Für Gesundheit arbeiten

Die Gesundheitswirtschaft wird von Liberalen primär als Quelle gesundheitlichen Wohlergehens, gesunden Wirtschaftens und als Technologietreiber angesehen und behandelt, nicht primär als Kostenfaktor.

Um den Menschen dieses Verständnis nahezubringen und es in der Gesellschaft zu verbreitern, stellt die FDP sich auch konsequent gegen die negativen Konsequenzen fehlenden oder unfairen Wettbewerbs, wo immer diese auftreten. Dies gilt insbesondere auch für die Bereiche der Gesundheits- und Energiewirtschaft.

Energie entwickeln

Brandenburg braucht eine Energieversorgung, die umweltfreundlich, sicher und bezahlbar ist. Mobilität und Heizen darf kein Luxusgut sein. Steigende Preise sind in einer Marktwirtschaft bei steigenden Knappheiten unvermeidlich. Aber: Der Staat darf nicht der größte Preistreiber bei den Energiekosten sein. Die Energiepolitik des Landes muss daher an der Vernunft, wissenschaftlichen Tatsachen und ordnungspolitischen Notwendigkeiten ausrichten.

Grundlage aller Energiepolitik muss ein Bekenntnis zu der Tatsache sein, dass es sich Brandenburg auf Grund seiner nationalen Gesamtverantwortung nicht leisten darf, den strategischen Kern der Energiepolitik am Leitbild des Eigenversorgers auszurichten. Brandenburg wird sich an der Aufgabe als „Energie-Exportland“ ausrichten müssen. Energiepolitik ist Wirtschaftspolitik!

Brandenburg muss durch den beschleunigten Ausbau der Stromnetze stärker an die europäischen Energiemärkte angebunden werden, damit der hier erzeugte Strom den Endkunden auch erreicht. Mehr Wettbewerb und verlässliche Rahmenbedingungen geben neuen Unternehmen die Chance, in den Energiestandort Brandenburg zu investieren. Dies muss flankiert werden durch eine Wirtschaftspolitik, die die Ansiedlung energieintensiver Unternehmen neben dem Netzausbau fördert.

Der Anteil der Netzentgelte beim Strompreis darf nur den tatsächlichen Kosten entsprechen. Moderne, umweltschonende Investitionen tragen dazu bei, Beschäftigung im Land Brandenburg zu sichern. Die FDP tritt für den dringend erforderlichen Ausbau der Energieinfrastruktur ein. Technikfeindlichkeit darf sich nicht durchsetzen. Eine an Vernunft und gesellschaftlicher Akzeptanz orientierte, verantwortbare Energiestrategie muss im Dialog aller politischen und gesellschaftlichen Akteure entwickelt und umgesetzt werden.

Mit Europa wirtschaften

Brandenburg ist aus geografischen und historischen Gründen politisch eher nach Osteuropa ausgerichtet. Erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik orientiert sich nicht länger an nationalen Grenzen. Brandenburg wird nur dann Erfolg haben, wenn es seine Chancen ergreift. Dafür bedarf es zwischen Brandenburg und seinen polnischen Nachbarregionen einer echten Integration in den Bereichen Bildung, Wirtschaft und Arbeitsmarktpolitik.

Die Europäische Union ist für Liberale in Brandenburg Garantin für eine friedliche und demokratische sowie soziale und kulturelle Entwicklung im Land. Die FDP setzt sich für eine starke und auch selbstbewusste Europäische Union, die geschlossen und aktiv im Interesse ihrer Bürger handelt, ein. Das gilt für die Sicherung einer erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung genauso wie für die Durchsetzung von Frieden, Freiheit, Bürgerrechten und Wohlstand in allen Mitgliedsstaaten.

Es kommt im Wesentlichen darauf an, Europa nicht nur in den Köpfen, sondern auch in den Herzen der Menschen zu verankern. Durch persönliche Kontakte und gegenseitiges Kennenlernen der Bürger kann Europa friedlich zusammenwachsen.

Gute internationale Beziehungen basierend auf dem Prinzip der Offenheit, Toleranz und Integration sind für das Land Brandenburg von hoher Bedeutung. Liberale wollen den Ausbau der bestehenden Kontakte und die weitere Pflege und Intensivierung der Beziehungen zu den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union.

Durch das weitere Zusammenwachsen der deutsch-polnischen Wirtschafts- und Kulturregion wird diese Region im globalen Wettbewerb eine höhere Attraktivität erlangen. Dabei spielen auch die Universitäten eine wichtige Rolle. Die Viadrina hat trotz großer bisheriger Leistungen weiteres Potential für eine verbesserte Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg. Über die Kooperation mit den USA, Polen und Russland sollen die Beziehungen zu den Wachstumsregionen in Asien und der arabischen Welt entwickelt werden.

Die brandenburgische Außenwirtschaft muss sich auf neue internationale Herausforderungen einstellen. Insbesondere das weitere wirtschaftliche Wachsen zahlreicher Schwellenländer und die rasant zunehmende globale Vernetzung von Wirtschaft und Politik erfordern ein Umdenken zur Bewältigung dieser neuen Aufgaben.

Eine wichtige Komponente im Export lokaler Unternehmen ist die Europäische Binnenwirtschaft. In den Mittelpunkt der Bestrebungen rücken dabei immer mehr kleine und mittlere Unternehmen. Aufgrund ihrer geringen Finanzausstattung und der dadurch eng begrenzten Ressourcen benötigen diese gerade in der Außenwirtschaftspolitik starke Unterstützung. Die FDP begrüßt deshalb die Initiativen auf europäischer Ebene, wie die europäischen Regelungen für kleine und mittlere Unternehmen. Die Politik des Landes Brandenburg muss sich diesen Bemühungen stärker anschließen. Neben einem gezielterem und einem besser koordiniertem Standortmarketing können hier die Bildung von neuen Firmenpools und Wirtschaftsgemeinschaften sowie die Eingliederung in bereits bestehende erste Abhilfe schaffen.

Zielsetzung für standortsuchende Unternehmen in Brandenburg ist eine intensive Beratung, Information und Betreuung. Alle einen potentiellen Investor interessierenden Fragen bezüglich des Standortes wie Vorschläge, Vergleiche und Besichtigungen sollten dabei weiter von einer zentralen Anlaufstelle im Land koordiniert werden. Dieses soll auch für alle genehmigungsrelevanten Bereiche wie Baugenehmigungen und Steuerangelegenheiten für Investoren gelten. Hierzu muss es einen einheitlichen Ansprechpartner des Landes Brandenburg geben, der insbesondere den Bereich der Steuerverwaltung einschließt.

Auf Zukunft setzen

Innovationen benötigen neben der Forschungs- und Entwicklungsarbeit einen funktionierenden Technologietransfer und Strukturen, die den Bedarf an Forschung und Entwicklung erkennen. Die FDP Brandenburg will bestehende Institutionen verbessern und entsprechende Angebote erweitern. Ziel ist es, Forschungseinrichtungen und Interessenten zusammenzuführen. Dafür soll ein Ansprechpartner geschaffen werden, der in der Lage ist, den Bedarf an Forschung und Entwicklung zu erkennen und gemeinsam mit den Forschungseinrichtungen abzudecken.

Mit diesen Maßnahmen erhöht sich neben der steigenden Forschungs- und Entwicklungsarbeit auch die Drittmitteldeckung für Hochschulen und Institute. Ein zukunftsweisendes Feld, in dem sich Innovationen, Technologietransfer und Wagniskapital bündeln, ist die Gründungsförderung. Gründungen, insbesondere innovative Gründungen, stellen einen bedeutenden volkswirtschaftlichen Faktor dar. Die FDP sieht deshalb die Gründungsförderung als primären Ansatzpunkt hin zu einer innovativeren, leistungsfähigeren Wirtschaft. An erster Stelle soll stets der Gründer selbst stehen. Gründen kann nur, wer eine marktfähige Idee hat. Deshalb setzt Gründungsförderung nicht erst in der Wirtschaftsförderung an, sondern beginnt bereits in den Schulen. Durch Sensibilisierung und gezielte Ausbildung in der Schule und der Hochschule kann die Innovationsfähigkeit und deren Nutzung erhöht werden. Durch zielgerichtete Forschung an Hochschulen und Institutionen können z.B. in der Wirtschaftsforschung Marktpotenziale erkannt oder in der Grundlagenforschung anwendungsfähige Erkenntnisse (Spillovers) gewonnen werden, die die Brücke von der Forschung in die Realwirtschaft schlagen. Grundlegend sind zielführende Maßnahmen zur Senkung der Opportunitätskosten für Gründer, etwa die Bereitstellung von Wagniskapital.

Aufgabe der Landesregierung ist es, Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Kommunen langfristig und rechtzeitig über anstehende EU-Programme zu unterrichten und gegebenenfalls Hilfen bei der Antragstellung zu geben.

„Alles Alte, soweit es den Anspruch darauf verdient hat, sollen wir lieben; aber für das Neue sollen wir eigentlich leben.“

Theodor Fontane

NATUR. KULTUR. **LEBENSQUALITÄT.**

Brandenburg verfügt über eine reiche Naturlandschaft, die über die Jahrhunderte vor allem zu einer reichhaltigen Kulturlandschaft entwickelt wurde. Natur und Kultur sind daher keine Gegensätze, sondern zwei sich gegenseitig bedingende Entwicklungschancen für das gesamte Land. Liberale Politik bedeutet nachhaltige Regionalentwicklung unter konsequenter Einbeziehung aller Menschen in den Regionen des Landes.

Die FDP war die erste deutsche Partei, die bereits 1971 ein geschlossenes Programm zum Umweltschutz beschlossen hat. In dieser Tradition sehen die Liberalen in Brandenburg die Herausforderungen und Chancen, die sich aus der „Nachhaltigkeit“ als liberalem Ordnungsprinzip ergeben. Wer menschliche Gesundheit und allgemeines Eigentum schätzt, wird sich dem Schutz von Umwelt und Natur nicht entziehen. Bei den Herausforderungen zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen setzen die Liberalen auf den menschlichen Erfindungsgeist und den Wettbewerb um die besten Ideen, Techniken und Wege, die den ressourcenschonenden Ausgleich der Interessen und Bedürfnisse herbeiführen helfen. Liberale sehen den Menschen als Teil der Natur, nicht als Gegner der Umwelt. Richtig verstandener Umweltschutz dient dem Menschen. Die Natur hat einen hohen Wert. Als knappes Gut wird sie besser als durch Verbote geschützt, wenn die Auswirkungen menschlichen Verhaltens sich in Kosten für den Verursacher von Beeinträchtigungen niederschlagen. Ökologie ist langfristige Ökonomie.

Deshalb setzen die Liberalen auf Wege jenseits des Dirigismus, die den Mensch und seine Lebensbedingungen in das Zentrum der politischen Entscheidungen stellen.

Natur schätzen und schützen

Für Brandenburg mit seinem Nationalpark, den Biosphärenreservaten und Naturparks, ergibt sich eine Reihe von Zukunftschancen, die es konsequent für die Menschen zu nutzen gilt. Die unverbrauchte und einzigartige Natur ist das Kapital, auf dem es in den nächsten Jahren konsequent aufbauend einen nachhaltigen Tourismus zu entwickeln gilt, der den Menschen in den Regionen Einkommens- und Zukunftsperspektiven bietet. Dabei sind bürokratische und übertriebene naturschutzgesetzliche Auflagen abzubauen und die Förderung des nachhaltigen Tourismus und der Regionalentwicklung in Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft in den Vordergrund zu stellen. Die Schutzgebietsverwaltungen der Großschutzgebiete haben daher künftig eine konsequente Wirtschaftsförderung zu betreiben und sich stärker an den kommunalen Bedürfnissen zu orientieren.

Aktive Umweltpolitik bedeutet auch Förderung innovativer Techniken der Energiegewinnung. Brandenburg hat hervorragende Chancen als Energie-Exportland. Die sich daraus durchaus ergebenden Konflikte müssen im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern gelöst werden. Die Landwirtschaft nimmt in Brandenburg einen großen Flächenumfang ein. Landwirte sind Partner liberaler Umweltpolitik. Die FDP stellt die Verbesserung der landwirtschaftlichen Erzeugungsbedingungen in den Fokus. Zur Landnutzung gehören aber neben der klassischen Landwirtschaft auch vielfältige andere Formen der Landnutzung, wie die Forstwirtschaft, die Fischerei und die Jagd. Für liberale Politik gibt es diesbezüglich kein Wichtig oder weniger Wichtig. Die Erhaltung und Entwicklung der Kulturlandschaft bedarf des gesamten Kanons der Landnutzungsformen, sie alle stehen im Fokus liberaler Politik.

Große Chancen ergeben sich auch aus der Notwendigkeit der Weiterentwicklung vieler ehemals genutzter Landschaftsbereiche – allen voran der großen und zusammenhängenden Konversionsflächen im Land. Diese Entwicklung gilt es unvoreingenommen zu befördern und nach innovativen Nutzungskonzepten zu suchen. Dabei sind insbesondere die Belange der Betroffenen vor Ort in den Mittelpunkt der Entscheidungen des Landes zu stellen. Die Impulse aus den Regionen müssen Grundlage der anstehenden Entscheidungen werden. Übergeordnete Konzepte, die aus der Ferne heraus entwickelt werden, sind dabei nicht zielführend.

Kultur leben und erleben

Eine der wichtigen Vernetzungsmöglichkeiten liegt in der Kulturpolitik des Landes. Im Mittelpunkt liberaler Kulturpolitik steht der Bürger als Kulturschaffender, Kulturnutzer und Kulturförderer. Die FDP will deshalb auch hier Anreize zu stärkerem privaten Engagement schaffen. Ziel muss es sein, dass Brandenburg als Land der gelebten Verbindung von Natur und Kultur verstanden wird. Die Voraussetzungen dafür sind bereits vielfältig gegeben. Denn viele der tausend Seen, der über vierhundert Schlösser und Herrenhäuser, der hunderten von malerischen Dorfkirchen sind bereits fruchtbare künstlerische Symbiosen mit der sie umgebenden Natur eingegangen. Künstlern aller Sparten bieten sich wunderbare Umsetzungsmöglichkeiten und kreative Gestaltungspotentiale.

Der Tourismus muss im Rahmen dieser Aktivitäten ein verbindendes Element sein und greift diese Initiativen gern auf: Rheinsberg, Netzeband, das Theater am Rand, die Elbfestspiele Wittenberge, der Choriner Musiksommer und die Brandenburgischen Sommerkonzerte sind nur wenige Beispiele für die boomende Kultur in Brandenburg. Und die Tagebaufolgelandschaften im Süden halten weitere spannende Entwicklungen bereit. Insbesondere bieten diese florierenden Kulturlandschaften den in der Metropolregion beschäftigten Menschen den gewünschten Ausgleich an Lebensqualität und Wohlfühlklima.

Für liberale Netzwerker ist es daher auch politische Herausforderung, Natur, Kultur und Tourismus zum Wohl des Landes und seiner Menschen zusammenzuführen.

„Wohltat muss das Volk immer teuer bezahlen, weil kein Staat seinen Bürgern mehr geben kann, als er ihnen vorher abgenommen hat – und das auch noch abzüglich der Kosten einer zwangsläufig immer mehr zum Selbstzweck ausartenden Sozialbürokratie.“

Ludwig Erhard

HAUSHALTEN. MASSHALTEN. HANDELN.

Alle politischen Ansätze der vergangenen Jahre haben in unterschiedlicher Intensität Masse vor Klasse gestellt. Dies führte dazu, dass Politik oftmals als eine „Wünsch-Dir-Was“-Veranstaltung wahrgenommen wurde. Liberale wissen um diese Auswüchse politischer Selbstüberschätzung, die sich im anmaßenden Glauben an universelle Planungs- und Steuerungseuphorie gegenüber menschlichen Schicksalen niedergeschlagen hat und niederschlägt. Bürokratie und Bevormundung, Verbots(un)kultur und Ernährungsdiktatur, Social Engineering und Planwirtschaft sind Ergebnisse solcher politischer Überheblichkeit. Liberale stellen sich gegen eine Gefälligkeitspolitik, die nur verspricht, was gefällt und gut ankommt, aber nicht tut, worauf es ankommt. Für eine liberale Bürgergesellschaft ist Transparenz in Verwaltung und Wirtschaft eine unentbehrliche Voraussetzung. Zur Transparenz gehört der Anspruch auf Zugang zu amtlichen Informationen genauso wie eine für alle verständliche Sprache.

Konsequente und zukunftsorientierte Politik bedarf klarer Schwerpunktsetzungen. Der Staat hat sich dabei auf die Felder zu konzentrieren, in denen er als „Ordnungswächter“ essentielle Funktion für die Rahmensetzung menschlichen Zusammenlebens hat. In diesen Bereichen muss er dann auch ein starker Staat sein.

Hinzu kommt, dass sich jeglicher politische Ansatz der kommenden Jahre in den engen Grenzen der öffentlichen Haushalte bewegen muss. Liberales Leitmotiv ist dabei eine öffentliche Haushaltspolitik, die den Verfassungsauftrag des Schuldenabbaus umsetzt und darüber hinaus Altschulden konsequent abbaut. Liberales Ziel ist es, den nachfolgenden Generationen einen gesunden Haushalt zu hinterlassen. Dazu gehört gleichzeitig, dass neben dem Schuldenabbau konsequente und regelmäßige Investitionen in jene Bereiche der Gesellschaft möglich sind, die unter dem Gesichtspunkt der Zukunftsfähigkeit als essentiell zu bezeichnen sind. Liberale Politik im Land Brandenburg erkennt daher unabdingbar an, dass verantwortliche Politik nur unter konsequenter Schwerpunktsetzung denkbar ist und definiert die drei folgenden Aufgabenfelder als Kern politischen Handelns:

Bildung und Erziehung, Forschung und Wissenschaft, Arbeit, Infrastruktur und Wirtschaft.

Diese Schwerpunkte gilt es zukünftig vor allem und an erster Stelle mit dem politischen Instrument der Haushaltspolitik zu untersetzen. Die Liberalen im Land Brandenburg werden sich daher konsequent dafür einsetzen, dass die vorgenannten Schwerpunktthemen auf allen Ebenen durchfinanziert sind und dass die der öffentlichen Hand zur Verfügung stehenden Mittel konsequenter genutzt werden, um den Rahmen zu setzen, in dem sich diese Schwerpunkte umfassend entwickeln können. Dies hat vor dem Hintergrund der konsequenten Reduzierung der Schulden des Landes Brandenburg zu geschehen. Die

Liberalen lehnen daher jegliche Neuaufnahme öffentlicher Kredite ab und nutzen frei werdenden Mittel zur Reduzierung der Schuldenlast.

Um dieses zu erreichen, bekennen sich die Liberalen auch klar zu der Konsequenz, dass alle anderen politischen Themenfelder nur insofern zu finanzieren sind, wie es sich dabei um klar gesetzlich geregelte Pflichtaufgaben handelt. Für Aufgaben außerhalb der Schwerpunktsetzungen, die zwar wünschenswert, aber nicht gesetzliche Pflichten sind, setzen die Liberalen auf das gesamte Spektrum privaten Engagements, für das einfache und weitgehend bürokratielose Rahmenbedingungen zu schaffen sind. Verantwortungsbewusste Politik zeichnet sich dadurch aus, dass sie die heutigen Probleme nicht zulasten künftiger Generationen löst. Das wäre nicht nur illiberal, sondern auch unsozial.

„Nur in der Freiheit wird man frei.“

Theodor Fontane

ZUM SCHLUSS: **MÖGLICHKEITEN. MACHEN. MUT.**

Die Zukunft ist offen. Gerade deshalb bietet sie neben zahlreichen Risiken immer mindestens genauso viele Chancen, mehr Wohlstand und Freiheit für mehr Menschen zu erzielen.

Mut zur Freiheit statt Angst vor der Zukunft ist das Motto von Freien Demokraten. Für Liberale kann sich kein Mensch der Verantwortung für ein Leben in Freiheit und damit Menschenwürde entziehen. Das empfinden manche als anstrengende Überforderung, zumindest aber als Zumutung. Sie legen ihr Schicksal deshalb lieber in die Hände von Menschen, die sich ihnen als Verantwortungsnehmer andienen oder ihnen einreden, sie seien selbst zu schwach, Verantwortung zu übernehmen, um sie in Abhängigkeit zu halten. Liberale wollen zum Mitmachen ermutigen, damit die Menschen ihre Möglichkeiten erkennen und nutzen.

Freiheit und Verantwortung lassen sich nicht verstaatlichen. Wenn Liberale sich darauf verständigen, Probleme in Gemeinschaft zu lösen, dann nicht, um ihre Freiheit aufzugeben, sondern um Verantwortung ressourcenschonend zu organisieren. Auch wer eine Aufgabe an andere delegiert, wird dadurch seiner eigenen Verantwortung nicht enthoben. Das wissen Liberale. Weil sie die Risiken und Anonymität vergemeinschafteter Verantwortung kennen, verzichten sie nicht auf politische Mitwirkung. Gerade wer die Grenzen menschlicher Erkenntnis und der Steuerungsfähigkeit menschlichen Zusammenlebens sieht, wird sich der politischen Mitwirkung nicht entziehen. Dazu wollen Liberale ermutigen.

Die FDP stellt als einzige Partei in Brandenburg den einzelnen Menschen und seine individuelle Freiheit in den Mittelpunkt ihrer Politik. Ziel liberaler Politik ist es, den Einzelnen in seinen Anliegen ernst zu nehmen, ihn größer zu machen, ihm mehr Gewicht und eigene Stärke zu verleihen. Die FDP stärkt mit ihrer Politik den Einzelnen und seine Eigeninitiative, seine Selbstverantwortung und seine Leistungsbereitschaft, denn nur dann kann und wird jeder mehr Freiheit zum Gestalten auch als eigene Chance für mehr Zukunftssicherheit für sich selbst und für die Gesellschaft sehen.

Die Liberalen in Brandenburg werben selbstbewusst um die Zustimmung der Menschen im Land, die ihre Grundhaltung teilen. Sie suchen das Bündnis mit den Bürgern. In der Partnerschaft mit den Menschen liegt der Schlüssel für neue Chancen und Erfolge für ein liberales Brandenburg.

**MITGLIEDER DER
GRUNDSATZKOMMISSION:**

Gregor Beyer, MdL (Vorsitzender)

Oliver Höhno (Stv. Vorsitzender)

Torsten Bathmann

Andreas Büttner, MdL

Dr. Hinrich Enderlein

Heiko Krause

Sandro Schilder

IMPRESSUM

Verantwortlich:

FDP-Landesverband Brandenburg

Behlertstr. 35

14467 Potsdam

Tel.: 03 31 29 16 41

Fax: 03 31 29 19 40

lvbrb@fdp.de

www.fdp-brandenburg.de

Redaktion:

Polifaktur

Berater für Politische Kommunikation

Bleibtreustraße 32, 10707 Berlin

Deutschland

Fon 030 34 38 99 35

Fax 030 88 70 76 51

info@polifaktur.de

www.polifaktur.de

Graphische Gestaltung:

Himmel & Jord Berlin

Grüntaler Straße 7, 13357 Berlin

Fon 030 221 99 47 0

Fax 030 221 99 47 99

berlin@himmeljord.com

www.himmeljord.com

